

Künftige Regelung zur Arbeitswelterfahrung (AWE) als Zulassungsbedingung- und Voraussetzung zum erfolgreichen Abschluss von FH-Bachelorstudiengängen im Fachbereich Gesundheit für Personen mit unspezifischem Zulassungsausweis

- Konzeptvorschlag

I. Einleitung

Wer an einer Fachhochschule studieren möchte, muss für die Zulassung zu einem Bachelorstudiengang nebst einer Maturität auch über Arbeitswelterfahrung verfügen. Deshalb müssen Kandidatinnen und Kandidaten, die weder über eine Berufsmaturität im Zusammenhang mit einer beruflichen Grundbildung im Gesundheitswesen noch über eine Fachmaturität Gesundheit verfügen, eine einjährige Arbeitswelterfahrung (AWE) nachweisen. Dies ist z. B. bei Personen mit einem unspezifischen Zulassungsausweis, wie beispielsweise Inhaberinnen und Inhaber einer gymnasialen Maturität der Fall. Gemäss den Übergangsbestimmungen des HFKG¹ für den Gesundheitsbereich fällt die Festlegung der Dauer und des Zeitpunkts der **Arbeitswelterfahrung** (AWE) für Personen mit einem unspezifischen Zulassungsausweis, in die Zuständigkeit der einzelnen Fachhochschulen (FH). Dies widerspricht der grundsätzlichen Zulassungsregel in Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b HFKG (SR 414.20). Aus diesem Grund konnte die Zulassung zum Fachbereich Gesundheit nicht zusammen mit den anderen Bereichen in der Zulassungsverordnung FH geregelt werden (SR 414.205.7). Der Hochschulrat entschied, die Abklärungen weiterzuführen, bevor der Fachbereich Gesundheit in die Verordnung aufgenommen werden kann.

Die nachfolgenden Überlegungen bilden das Grundkonzept für Modellvorschläge zur Arbeitswelterfahrung. Damit soll gemäss dem Auftrag des Hochschulrats der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK, Hochschulrat) vom 23. November 2023 **eine künftige Regelung der AWE für die Zulassung zu den FH-Bachelorstudiengängen im Fachbereich Gesundheit für Kandidatinnen und Kandidaten mit unspezifischem Zulassungsausweis** ausgearbeitet werden.

Zum Verständnis der aktuellen Etappe wird hier zunächst die Ausgangslage beschrieben, anschliessend geht es um das Ergebnis der Anhörung zu einer ersten Regelungsvorlage sowie den darauffolgenden Auftrag des Hochschulrats. Aus den wichtigsten Herausforderungen leitet sich die Arbeitshypothese ab, die der Erarbeitung konkreter Vorschläge zur AWE im Hinblick auf eine Regelung vorausgeht.

II. Ausgangslage

Im hier entwickelten Konzeptvorschlag geht es ausschliesslich um den Fachbereich Gesundheit an den FH². Im Mittelpunkt steht die Arbeitswelterfahrung (AWE) als Voraussetzung für die Zulassung zu den FH-Studiengängen für Kandidatinnen und Kandidaten ohne fachspezifischen Zulassungsausweis. Hier werden explizit Personen mit einer gymnasialen Maturität erwähnt, weil diese eine Schlüsselgruppe für die künftige Zulassungsregelung bilden. Die Überlegungen gelten jedoch auch für andere Personen ohne spezifischen Zulassungsausweis.

An seiner Sitzung vom 23. Februar 2023 hat sich der Hochschulrat zu einem Lösungsvorschlag für die AWE ausgesprochen, der von der Fachkonferenz vorgestellt worden war. Anschliessend führte die Geschäftsführung SHK bei 13 von der Arbeitsgruppe vorgeschlagenen Organisationen eine Anhörung

¹ Die Übergangsbestimmungen betreffend die Zulassung zu den FH (Art. 73 Abs. 3 Bst. a HFKG) übernehmen die Regeln des früheren FH-Gesetzes und gelten solange der Hochschulrat der SHK diese nicht gemäss Artikel 25 Absatz 2 HFKG präzisiert oder neue erlässt.

² Das vorliegende Konzept ist nicht als Ergänzung zur Best Practice Arbeitswelterfahrung (AWE) für die Bereiche Technik und Wirtschaft der Kammer FH von swissuniversities (2017) zu verstehen und soll keinesfalls einer Aufnahme des Gesundheitsbereichs in dieses Dokument vorgreifen.

durch³. Der Vorschlag stützte sich auf einen Analysebericht der Agentur BSS zu den Zulassungsregelungen und -praktiken an fünf FH und auf die von der SHK verabschiedeten Eckwerte für eine künftige Regelung (siehe Grundlagen für die erweiterte Arbeitsgruppe, Nr. 3 und 5, S. 5).

– **Ergebnisse der Anhörung zu einer Lösungsvariante für die AWE**

Die vorgeschlagene Lösungsvariante für die AWE wurde – bei einer hohen Rücklaufquote – weitgehend abgelehnt: von der Gesundheitsbranche, namentlich OdASanté, H+ sowie der GDK und von einigen FH aufgrund der Schwierigkeiten bei der Umsetzung in den Curricula und bei der Bereitstellung ausreichender praktischer Ausbildungsplätze für rund 700 Personen mit gymnasialer Maturität, die sich jährlich für einen FH-Bachelorstudiengang im Fachbereich Gesundheit bewerben; von den Berufsbildungsverantwortlichen des SBFI und vom ständigen Ausschuss der Arbeitswelt der SHK und von der EDK, weil sie eine Schwächung der Bildungssystematik und der Berufsmaturität sowie eine Ungleichheit gegenüber den Zulassungsbedingungen zur Universität für Inhaberinnen und Inhaber einer Berufsmaturität befürchteten.

Auftrag des Hochschulrats SHK an die Fachkonferenz – erweiterte Arbeitsgruppe

Im November 2023 nahm der Hochschulrat das Ergebnis der Anhörung zur Kenntnis und entschied, die Abklärungen fortzusetzen. Er beauftragte die Fachkonferenz, die Arbeiten im Hinblick auf eine Lösung zur Regelung der AWE gestützt auf die Eckwerte weiterzuführen, namentlich im Rahmen einer erweiterten Arbeitsgruppe mit Vertretenden der GDK, von OdASanté, H+ Die Spitäler der Schweiz und der Fachkonferenz Gesundheit der FH der Schweiz. In ihrer erweiterten Zusammensetzung⁴ befasste sich die Arbeitsgruppe der Fachkonferenz SHK ab Januar 2024 mit dem Auftrag des Hochschulrats, behandelte die Arbeitsgrundlagen (siehe S. 5) und berücksichtigte die Ergebnisse der Anhörung zur AWE-Lösung.

III. Zulassungsbedingung- und Voraussetzung zum erfolgreichen Abschluss von FH-Bachelorstudiengängen im Fachbereich Gesundheit: Bildungssystematik und Gesundheitsbereich im Fokus

Ziel der gemäss Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b HFKG festgesetzten Arbeitswelterfahrung ist es, dass die Kandidatinnen und Kandidaten über hinreichend berufspraktische und berufstheoretische Kompetenzen in einem einschlägigen Beruf verfügen, um ein Bachelorstudium im praxis- und anwendungsorientierten Profil der FH erfolgversprechend in Angriff nehmen zu können. Im Fachbereich Gesundheit wird diese Zulassungsvoraussetzung in einem Teil der FH-Studiengängen umgesetzt und kann je nach Studiengang unterschiedliche Formen aufweisen: Die AWE kann ausschliesslich in der Arbeitswelt stattfinden oder einen schulischen Teil beinhalten.⁵ Dieser an der Bildungssystematik orientierte Ansatz spiegelt den Anspruch wider, die Zulassung zum Studium von der Absolvierung einer AWE abzuleiten, und er steht im Einklang mit den Eigenheiten der verschiedenen Akteure, die ihn verfolgen.

Ein anderer Teil der FH-Studiengänge im Fachbereich Gesundheit sieht entweder einen grossen Teil der AWE während oder nach dem eigentlichen Studium vor (Zusatzmodule)⁶. Im Falle der Umsetzung mit Zusatzmodulen stehen die Bedürfnisse insbesondere des Gesundheitsbereichs im Vordergrund: Um die Patientensicherheit zu wahren, aber auch um die personellen Ressourcen für die Begleitung der AWE bei dem heutigen Fachkräftemangel verkraftbar und angemessen zu halten, wird es als Mehrwert angesehen, Gymnasiastinnen und Gymnasiasten erst in die Berufswelt einzuführen, wenn sie über erste Kompetenzen verfügen. Dieser Ansatz zur Gestaltung der AWE spiegelt ein unterschiedliches Verständnis des Begriffs «Zulassungsvoraussetzungen» wider: Die betroffenen Vertretungen dieser Studiengänge sind der Ansicht, dass die AWE, wenn sie zum Teil vor und während der Ausbildung absolviert wird, zu einer Voraussetzung

³ Zur Anhörung unterbreiteter Lösungsvorschlag: «Die Arbeitswelterfahrung kann während eines ganzen Jahres vor Studienbeginn oder in zwei Teilen absolviert werden. Der vor dem Studium absolvierte Teil dauert mindestens zwei Monate. Die restlichen höchstens zehn Monate bis zum Total eines Jahres werden neben dem Bachelorstudium absolviert und die Studiendauer verlängert sich entsprechend». Angehörte Organisationen: swissuniversities, Ständiger Ausschuss Hochschulmedizin SHK, Ständiger Ausschuss Arbeitswelt SHK, GDK, Eidgenössische Berufsmaturitätskommission, H+ Die Spitäler der Schweiz, OdASanté, Schweizerischer Verband Medizinischer-Praxis-Fachpersonen SVA, FMH, Association romande des Assistantes médicales, Schweizerischer Podologen-Verband, pharmaSuisse, Schweizerische Zahnärzte Gesellschaft, Dachverband der Bewegungsberufe Schweiz, Verein Berufliche Grundbildung Augenoptik.

⁴ **Erweiterte Arbeitsgruppe:** S. Monnier, SBFI (Leitung); Verantwortliche bzw. Vertretende der kantonalen Hochschulämter: D. Schönmann (BE), F. Camichel (GR), G. Robbiani (TI), S. Verest-Junod (VD), Y. Rey (VS); G. Fischer (ständiger Ausschuss der Arbeitswelt SHK), S. Felder (GS-swissuniversities), L. Schwestermann (GS-EDK), F. Bortolotto (Berufliche Grundbildung SBFI), L. Robatto und A. Gerber-Grote (Co-Präsidentin/-Präsident FKG-CSS), A. Grünig (GS-GDK), P. Wittwer (GS-OdASanté), I. Trede (GS-H+ Die Spitäler der Schweiz), D. Duttweiler (Berufsbildungspolitik SBFI).

⁵ s. Bericht BSS, Zulassungsregelungen und -praxis im Fachbereich Gesundheit an 5 Fachhochschulen, Modelltyp 1, S. 1).

⁶ s. Bericht BSS, Zulassungsregelungen und -praxis im Fachbereich Gesundheit an 5 Fachhochschulen, Modelltyp 2, S. 1 und Modelltyp 3, S.3).

zum erfolgreichen Abschluss des Studiums wird. Dieser Ansatz entspricht den Bedingungen, die für den Zeitpunkt der AWE in den Übergangsbestimmungen zu Art.73, Abs. 3, Bst. a HFKG als Möglichkeit festgelegt wurden.

Diese beiden Ansätze bilden die Herausforderungen ab, mit denen sich die erweiterte Arbeitsgruppe befasst hat, und führen zur folgenden Arbeitshypothese.

IV. Arbeitshypothese

Das Ziel der erweiterten Arbeitsgruppe besteht darin, den Weg zu einer Lösung für die Zulassung zum Fachbereich Gesundheit aufzuzeigen. Dabei geht es keinesfalls darum, die AWE grundsätzlich in Frage zu stellen. Die möglichen Auswirkungen künftiger AWE-Modelle auf andere Studienbereiche werden berücksichtigt.

Die gesetzlichen Bestimmungen von Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b HFKG stellen einen Zugang zum FH-Studium im Einklang mit der Bildungssystematik sicher. In seinem Auftrag hat sich der Hochschulrat offen und interessiert an einem AWE-Ansatz gezeigt, der eine gewisse Flexibilität ermöglicht, aber auch der Bildungssystematik und dem stark belasteten Gesundheitswesen gerecht wird. Abgesehen davon ist er der Ansicht, dass ein AWE-Modell, das allenfalls von Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b HFKG abweicht, aus systemischen Gründen und im Hinblick auf den Ausnahmecharakter des Gesundheitsbereichs begründet werden muss.

Die Notwendigkeit einer einjährigen AWE für Kandidatinnen und Kandidaten mit unspezifischem Zulassungsausweis ist grundsätzlich unbestritten, deren Organisation in den FH-Studiengängen im Fachbereich Gesundheit bildet jedoch eine Herausforderung für den Gesundheitsbereich und damit auch für die FH. Einige Mitglieder der Arbeitsgruppe sind der Ansicht, dass die künftige Organisation der AWE auch eine Herausforderung für die Bildungssystematik und für die künftigen Studierenden darstellen könnte.

Mit den folgenden Leitlinien sollen Ansätze vorgeschlagen werden, die diesen Herausforderungen und den von der SHK genehmigten Eckwerten⁷ Rechnung tragen und als Grundlage zur Erarbeitung von AWE-Modellen dienen. Diese Modelle sollten möglichst breite Zustimmung finden, auch in Bezug auf die Umsetzungsmöglichkeiten für die verschiedenen Partner des Hochschul- und Gesundheitsbereichs.

Leitlinien

Abgrenzung von den regulären Praktika des Curriculums

Der vorliegende Konzeptvorschlag bildet den Rahmen für die Lösung gesetzlicher Bestimmungen über die Zulassung zu einem Bachelorstudiengang an einer FH im Gesundheitsbereich. Er unterscheidet zwischen der AWE als Zulassungsvoraussetzung und den regulären Praktika: Letztere werden während des Studiums von allen Studierenden absolviert, die dafür ECTS erhalten und verfolgen andere Ziele, haben eigene Herausforderungen und Lösungsansätze.

Kandidatinnen und Kandidaten mit spezifischem Zulassungsausweis

Personen mit einer beruflichen Grundbildung im Gesundheitsbereich⁸, ergänzt durch eine Berufsmaturität, sowie Inhaberinnen und Inhaber einer Fachmaturität Gesundheit gelten als Personen mit einem spezifischen Zulassungsausweis und sind somit von der AWE befreit.

Kandidatinnen und Kandidaten mit unspezifischem Zulassungsausweis: Durchlässigkeit, zeitliche Organisation der AWE

In Bezug auf die Inhaberinnen und Inhaber unspezifischer Zulassungsausweise bleibt die AWE eine gesetzliche Zulassungsvoraussetzung für einen FH-Bachelorstudiengang. Laut einzelner Stimmen in der Arbeitsgruppe ist dies in einem weiten Sinn zu verstehen, d.h. die AWE soll nicht nur dazu beitragen, ein Bachelorstudium erfolgversprechend in Angriff nehmen, sondern dieses auch erfolgreich und arbeitsmarktfähig abschliessen zu können.⁹

Dem Übergang vom Gymnasium in das FH-Studium ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen: Ein zu rascher Zugang für Personen mit gymnasialer Maturität könnte als unvereinbar mit dem von Bund und Kantonen 2019 bekräftigten Ziel, die Profile auf der Tertiärstufe zu schärfen, betrachtet werden.

⁷ Eckwerte für die Zulassung zu Bachelor Studiengängen im Gesundheitsbereich der Fachhochschulen, 29.04.2022 (Grundlagen für die erweiterte Arbeitsgruppe, Nr. 5, S. 5)

⁸ Felder der beruflichen Grundbildung im Gesundheitsbereich: siehe International Standard Classification of Education (ISCED) 0911 Zahnmedizin; 0913 Krankenpflege und Geburtshilfe; 0914 Medizinische Diagnostik und Behandlungstechnik; 0916 Pharmazie; 0988 Interdisziplinäre Programme und Qualifikationen mit Schwerpunkt Gesundheit und Sozialwesen.

⁹ S. Ziffer III, 2. Abschnitt.

Andererseits reicht die Anzahl Kandidatinnen und Kandidaten mit spezifischem Zulassungsausweis oft nicht aus, weshalb die Gesundheits- und Sozialeinrichtungen auf die unterschiedlichen Kandidatenprofile angewiesen sind und die Studierendenpopulation der Fachhochschulstudiengänge im Gesundheitsbereich die verschiedenen Profile widerspiegeln sollte.

Unabhängig davon, wie die Arbeitswelterfahrung für Personen mit gymnasialer Maturität organisiert wird, besteht eine der Herausforderungen darin, die Sicherheit der Patientinnen und Patienten zu gewährleisten und die Dauer bis zum Erwerb des Bachelordiploms zu verlängern.

Flexible Nutzung der praktischen Ausbildungsplätze für die Durchführung der AWE

Angesichts der teilweise kritischen Situation in Bezug auf die benötigten praktischen Ausbildungsplätze für die AWE sowie die zu deren Betreuung notwendigen personellen Ressourcen in den Gesundheits- und Sozialeinrichtungen scheint es sinnvoll, dass die AWE sowohl in Bezug auf die Art der Gesundheits- und Sozialeinrichtung wie auf die darin ausgeübten beruflichen Tätigkeiten unabhängig vom Beruf des gewählten Studiengangs stattfinden kann, sprich eine zukünftige Hebamme, ein zukünftiger Physiotherapeut kann ihre/seine AWE z. B. in der Pflege absolvieren.

«PiBS» – praxisintegriertes Bachelorstudium an den FH

In der Arbeitsgruppe wurde auch ein System vom Typ PiBS¹⁰, das zwar in einem anderen Kontext entwickelt wurde (Bekämpfung des Fachkräftemangels im MINT-Bereich), für die Zulassung zu den Studiengängen im Fachbereich Gesundheit thematisiert. Die Arbeitsgruppe lehnt ein solches PiBS-Modell nicht grundsätzlich ab, verfolgt es aber im vorliegenden Fall nicht weiter. Um ein PiBS-Modell ins Auge zu fassen, bräuchte es zunächst eine Anfrage vonseiten der Branche und vertiefte Abklärungen im Gesundheitswesen, die den Rahmen des aktuellen Auftrags sprengen würden.

V. Umfang und Kriterien für die Vorschläge von AWE-Modellen

Die gestützt auf das vorliegende Konzept vorgeschlagenen AWE-Modelle sollten (siehe Anhang):

- sich auf die Organisation der Arbeitswelterfahrung als Voraussetzung für die Zulassung zum Studium sowie gegebenenfalls als Voraussetzung für den erfolgreichen Abschluss des Bachelorstudiums für Kandidatinnen und Kandidaten mit unspezifischem Zulassungsausweis beschränken;
- durch eine Beurteilung der Vor- und Nachteile bzw. der jeweiligen Risiken für die Institutionen, die Studierenden und die öffentliche Hand ergänzt werden;
- auf die Frage der Kosten für die Institutionen, die Studierenden und die öffentliche Hand eingehen;
- gegebenenfalls eine Ausnahme von Artikel 25 Absatz 1 Buchstabe b HFKG für den Gesundheitsbereich begründen;
- die Umsetzungsmöglichkeiten und die Etappen erläutern.

Angesichts der obigen Erläuterungen wird vorgeschlagen, für die Vorschläge von AWE-Modellen **folgende materiellen Kriterien** festzuhalten:

1. Mit der AWE können künftige Studierende nachweisen, dass sie über hinreichend berufspraktische und berufstheoretische Kompetenzen in einem einschlägigen Beruf verfügen, um ein Bachelorstudium im praxis- und anwendungsorientierten Profil der FH erfolgversprechend in Angriff nehmen und absolvieren zu können.
Auch soll die AWE Studieninteressierten mit unspezifischem Zulassungsausweis im Gesundheitsbereich ermöglichen, sich mit dessen Besonderheiten vertraut zu machen (Organisation und Funktionsweise, Gesundheits- und Hygieneregeln, Interprofessionalität, Chancen und Herausforderungen usw.).
2. Die AWE dauert 12 Monate, abzüglich der Ferien; sie wird nicht mit ECTS-Kreditpunkten abgegolten und verlängert die Dauer bis zum Erwerb des Bachelorabschlusses. Sie findet nicht nach dem Studium statt und ist von den regulären Praktika des Curriculums klar getrennt.
3. Die AWE ist so konzipiert, dass die Rekrutierung künftiger Studienkandidatinnen und -kandidaten für FH-Studiengänge im Fachbereich Gesundheit nicht erschwert wird und dass Kandidatinnen und Kandidaten mit spezifischem Zulassungsausweis beim Zugang zum Arbeitsmarkt nicht dem Risiko einer Diskriminierung wegen mangelnder praktischer Erfahrung ausgesetzt werden.

¹⁰PiBS: Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik: Die Inhaberinnen und Inhaber eines unspezifischen Zulassungsausweises müssen einen von der FH genehmigten Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen für 4 Jahre abgeschlossen haben. Ein PiBS-Studiengang dauert 4 Jahre und beinhaltet 40 % praktische Ausbildung im Unternehmen während des Studiums.

VI. Ausblick

Das Konzept und die vorgeschlagenen AWE-Modelle für eine künftige Zulassungsregelung sollen den Stakeholdern und der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) unterbreitet werden. Nach deren Analyse kann anschliessend eine Anhörung bei den Partnern der FH, der Berufsbildung und des Gesundheitswesens durchgeführt werden. Nach Abschluss und je nach Ausgang dieses Anhörungsverfahrens könnte der Hochschulrat grundsätzlich einen Auftrag z. B. zur Erarbeitung einer gesetzlichen Regelung mit dem ordentlichen Vernehmlassungsverfahren erteilen. In einem solchen Fall wäre davon auszugehen, dass eine angemessene Frist für die Inkraftsetzung vorgesehen wäre.

Angesichts der erwähnten Herausforderungen weist dieses Konzept überdies bereits darauf hin, dass die Umsetzung einer künftigen Regelung der Zulassung zu den FH-Studiengängen im Fachbereich Gesundheit gestützt auf das gewählte AWE-Modell oder die gewählten AWE-Modelle gemäss dem vorliegenden Auftrag von einer Wirkungsanalyse zuhanden der politischen Akteure begleitet werden müsste.

Konzeptvorschlag: Grundlagen für die erweiterte Arbeitsgruppe:

1. HFKG (Art. 25 Abs. 1 Bst. b und Art. 73 Abs. 3 Bst. a);
2. Mandat des Hochschulrats von 2020 für eine Expertise zur Analyse der heutigen Zulassungsregelungen und -praxis im Fachbereich Gesundheit (BFH; FHO; ZHAW; SUPSI; HES-SO), 26.11.2020;
3. Bericht BSS: Zulassungsregelungen und -praxis im Fachbereich Gesundheit an 5 Fachhochschulen, 12.11.2021;
4. Stellungnahme Ständiger Ausschuss der Organisation der Arbeitswelt SHK zur Zulassungsregelung und -praxis an Fachhochschulen im Fachbereich Gesundheit, 10.03.2022;
5. Eckwerte für die Zulassung zu Bachelor Studiengängen im Gesundheitsbereich der Fachhochschulen, 29.04.2022;
6. Zulassungsregelung zu den Fachhochschulen im Fachbereich Gesundheit – Anfrage der SHK an die GDK, Rückmeldung GDK, 02.12.2022;
7. Konzeptvorschlag für eine Zulassungsregelung im Fachbereich Gesundheit an den Fachhochschulen, 19.12.2022;
8. Stellungnahmen zu den vom Hochschulrat gewählten Variantenvorschlägen betreffend Zulassungsbedingungen im Fachbereich Gesundheit an den Fachhochschulen, 17.08.2023;
9. Mandat des Hochschulrats vom 23.11.2023 (siehe Einleitung).

Bemerkung: Diese Liste ist nicht abschliessend, je nach Fortschritt der Arbeiten können weitere Referenzen hinzukommen.

ANHANG

Vorgeschlagene Modelle für eine zukünftige Regelung der Arbeitswelterfahrung (AWE) als Voraussetzung für die Zulassung und den erfolgreichen Abschluss von FH-Bachelorstudiengängen im Gesundheitsbereich für Kandidatinnen und Kandidaten mit unspezifischen Zulassungsausweisen

Einleitende Bemerkungen

Die erweiterte Arbeitsgruppe legt der SHK drei Modelle für eine zukünftige Regelung der AWE zur Beurteilung vor. Sie wurden von den jeweiligen Autoren verfasst.

Für die Mehrheit der Mitglieder der erweiterten Arbeitsgruppe, berücksichtigen die vorgeschlagenen Modelle die im Konzept festgelegten Eckwerte und Kriterien, und dass jedes der vorgeschlagenen Modelle in seinem Anwendungsbereich eine Verbesserung und mehr Einheitlichkeit im Vergleich zur Regelung der AWE in den Übergangsbestimmungen des HFKG (Art. 73 Abs. 3 Bst. a) bringt: keine AWE ist nach dem Studium geplant, die Dauer bis zum Bachelorabschluss verlängert sich für Personen mit unspezifischen Zulassungsausweisen und die AWE wird von den regulären Praktika des Curriculums abgekoppelt.

An der Konzeption der AWE im einen oder anderen Modell gibt es aber auch einige Kritikpunkte aus der Arbeitsgruppe:

- Die Vertretenden der Berufsbildung des SBFJ und der Vertreter des ständigen Ausschusses der Arbeitswelt SHK sind der Ansicht, dass die Vorschläge mit zwei Monaten AWE vor dem Studium und der gesamten oder einem Teil der verbleibenden Zeit unmittelbar vor dem Bachelorabschluss – wie im «Deutschschweizer Modell» und im Vorschlag «SUPSI» – die Zulassungsbedingungen für Bewerber aus dem gymnasialen Bildungsweg zu stark vereinfachen und diesen zusätzliche Berufspraxis anbieten, was als Wettbewerbsvorteil gegenüber Studierenden angesehen wird, die mit einem spezifischen Zulassungsausweis aufgenommen wurden. Die Autoren der vorgeschlagenen Modelle begründen ihre Konzeptionen der AWE mit Vorteilen für die Fachhochschulen, den Gesundheitsbereich, die Studierenden sowie für die Studienanwärterinnen und -anwärter, da diese auf deren Bedürfnisse ausgerichtet sind.
- Die Vertreterinnen des Gesundheitsbereichs sind der Ansicht, dass eine AWE, die vollständig vor dem Studium stattfindet, unweigerlich mit grösseren theoretischen Anteilen einhergeht und eine intensive Betreuung zur Gewährleistung der Patientensicherheit erfordert und damit den Bedürfnissen des Gesundheitsbereichs u. a. in Bezug auf die Ressourcen in den Betrieben und die Attraktivität für Studienanwärterinnen und -anwärter möglicherweise nicht ausreichend gerecht wird. Das Modell der HES-SO, mit der gesamten AWE vor dem Studium, begründen die Autoren insbesondere mit den positiven bisherigen Erfahrungen, dem Wert des Unterrichts durch Simulationspraxis für die Patientensicherheit, sowie aufgrund der Anwendbarkeit in ihrer Bildungslandschaft und ihrem Bildungskontext.

Aufgrund der obigen Ausführungen wurde ein Schritt nach vorne gemacht. Die erweiterte Arbeitsgruppe empfiehlt den politischen Organen der SHK, die drei beiliegenden Modelle zu prüfen.

▪ Deutschschweizer Modell Vorschlag vom 16.12.2024

doc. AWE_Modell_Deutschschweiz_16-12-2024_def

▪ Modèle HES-SO - Proposition du 16.12.2024

doc. EMT_Modele_HES-SO_16-12-2024_def

▪ SUPSI Modell - Vorschlag vom 16.12.2024

▪ doc.AWE_Modell_SUPSI_16-12-2024_def